

grüner pfeffer

Informationsbulletin der Grünen Basel-Stadt



Inhalt

Kulturpolitik in Basel	2-5
Neuer Auftritt	5
Energiepolitik	6
junges grünes bündnis	7
Klimakonferenz Kopenhagen	8
Abstimmungen 27. September	9
Infomarkt und Varia	10

Kultur in Basel

Energiepolitik

Abstimmungen 27. September

Vom essentiellen Wert und Nutzen eines vielfältigen Kulturlebens: ein Blick auf Basel

Regierungspräsident Guy Morin zum Kulturschaffen und zu aktuellen Entwicklungen in der Kulturpolitik

Guy, was sind deine zentralen Anliegen in der Basler Kulturpolitik? Welche Ziele verfolgst du?

Wir sind in einer Wirtschaftskrise. Da reagieren viele PolitikerInnen mit dem Reflex: „Kultur ist nice to have, ein bisschen Luxus, da kann man sparen“. Da sage ich als erstes gerade das Gegenteil: gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten muss man in Kultur investieren. Das hat in Basel Tradition: der Bau des Kunstmuseums wie auch derjenige des alten Theaters Basel fiel in die Zeit unmittelbar vor dem 2. Weltkrieg. Ein weiteres Beispiel ist der Berri-Bau (Bau des Museums an der Augustinergasse; nach einem Entwurf von Melchior Berri;



heute Naturhistorisches Museum Basel; Anm. d. Red.), der in den 1840er-Jahren in einer Zeit entstand, als es Basel nach der Kantonstrennung wirtschaftlich sehr schlecht ging. Diese Tradition ist begründet. Denn Kultur trägt zur Identität bei, aber auch zur Ausstrahlung eines Ortes und damit zur Standortförderung. Ich bin überzeugt, dass sowohl die Lebensqualität wie auch unsere wirtschaftliche Entwicklung und unser wirtschaftliches Wohlergehen u.a. von unseren grossen Kulturinvestitionen oder unserer Kulturtradition in Basel abhängig sind. Das ist das Hauptanliegen. Das ist eine Botschaft, die ich jetzt immer wieder anbringen muss, denn das ist nicht selbstverständlich.

Neben dem Theater Basel und der Kaserne steht ein weiteres Projekt an: der sogenannte Erweiterungsbau des Kunstmuseums. Dieser soll mit privaten und öffentlichen Mitteln ermöglicht werden. Es wird darum gehen, verständlich zu machen, dass unsere Kunstsammlung und die Ausstellungen, welche mit dem Erweiterungsbau möglich werden, nicht elitäre Kultur sind, sondern dass gerade sie sehr weit unsere Tradition als Kulturstadt begründen – das zeigt ja gerade die van Gogh-Ausstellung. Wir haben die älteste öffentliche

Kunstsammlung der Welt (Ankauf des Amerbach-Kabinetts, einer Privatsammlung, durch Basel 1661; Anm. d. Red.). Die Auseinandersetzung mit diesen Werken bildender Kunst ist wichtig für uns.

Der Wert der Kultur für Basel besteht für dich also sowohl in ihrer ideellen wie in ihrer ökonomischen Bedeutung?

Für mich ist die Wertschöpfung durch Kulturinstitutionen wirklich unbestritten. Alle Städte verzeichnen im Moment deutliche Rückgänge von Touristen und Logiernächten. In Basel-Stadt nehmen die Logiernächte noch zu, im Juni 2009 mit 5,4% sogar mehr als im rekordverdächtigen Juni des Euro Jahres '08. Wie alle Touristikfachleute feststellen: es ist van Gogh, es ist Giacometti, es ist die Art Basel – also immer Kulturelles, das die Touristen hergeholt hat.

Und dann ist es schon auch das andere: ich will Kultur nicht nur von der Wertschöpfung oder den Besucherzahlen her betrachten. Die Qualität und der Erfolg einer Kulturinstitution misst sich nicht nur daran – das ist ein Faktor. Da ist wirklich ein differenzierterer Umgang gefordert. Es gibt sicher auch Institutionen, die sehr

Impressum

grüner pfeffer -
informationsbulletin der
Grünen Partei Basel Stadt

Herausgeberin:

Grüne Partei Basel-Stadt,
Greifengasse 7, Postfach 1442,
4001 Basel,
061/383 98 33, bs@gruene.ch,
www.gruene.ch/bs
PC 40-19338-4

Auflage:

ca. 950 Stk., erscheint 4 mal jährlich

Abo:

Fr. 25.- (für Mitglieder im
Jahresbeitrag inbegriffen)

Redaktion:

Eveline Rommerskirchen, Christine
Beckert, Harald Friedl

Druck:

Rumzeis, Basel

grüner pfeffer Nr. 3 |
September 2009

avantgardistische oder einfach innovative Kunst schaffen – welche jetzt noch keine Wertschöpfung bringen. Wenn man van Gogh zu seinen Lebzeiten unter dem Stichwort der Wertschätzung angeschaut hätte ...

Du hast vorher die Kaserne erwähnt, den Ort einer vielfältigen Alternativkultur.

Dort haben wir ein grosses, nicht sehr teures Projekt vor. Die Kaserne soll der Ort in der Stadt werden, wo die „ungesicherte“ Kunst, also nicht die Hochkultur, sondern freie, innovative, junge Kunst und Kultur Platz haben soll – mit dem Kulturbetrieb Kaserne, aber auch mit der Weiterentwicklung des ganzen Raums. Nach dem Wegzug der Fachhochschule für Kunst und mit demjenigen der Schulen aus dem Kasernenareal 2012/13 wollen wir den Raum entwickeln – mit einer Öffnung zum Rhein, mit neuen Ateliers und Proberäumen, also mit tollen Ideen. Es ist sehr wichtig, dass dort etwas Herausragendes gemacht wird. Das wird ein Mehrwert sein – für die Stadt, für das Quartier, für die Kultur.

Ich habe mit der Kaserne schon ein Signal gesetzt; es war einer der ersten Entscheide, die ich erwirkt habe. Wir wollen da jetzt wirklich einen Schritt machen. Aber es ist noch nicht erledigt – man denke an die Abstimmung im Grossen Rat oder an ein mögliches Referendum für die Subventionserhöhung. Wenn wir hier verlieren, haben wir gerade für die junge Kunst und Kultur einen ziemlichen Rückschritt.

Das bisherige Subventionsmodell (d.h. Betriebsfinanzierung durch Subventionen von Basel-Stadt und -Landschaft; Drittmittel und Eigeneinnahmen für sämtliche künstlerischen Produktionen; Anm. der Red.) wurde verschiedentlich kritisiert. Welche kürzer- und längerfristigen Finanzierungsmöglichkeiten sind vorgesehen?

Das ist bereits öffentlich kundgetan und ein erster Schritt gemacht.

Aus dem Kompetenzkonto wurden 300'000 Franken aufgewendet, um einerseits ein im Jahr 2008 entstandenes Defizit zu decken, aber andererseits der Kaserne einen gewissen künstlerischen Spielraum zu verschaffen. Es stimmt: der Kulturbetrieb Kaserne ist mit den heutigen Anforderungen an die Produktionen und an die gestiegenen Produktionskosten für das Programm, welches er erbringen will, unterfinanziert. Dieses strukturelle Finanzproblem müssen wir beheben. Die Kaserne braucht Mittel, um überhaupt den Betrieb aufrechterhalten zu können. Sie muss aber auch gewisse Produktionsmittel für Eigenproduktionen bekommen – so gibt es schweizweite Fördermittel, zu denen man nur Zugang hat, wenn man auch Eigenproduktionen bringt.

Wir werden einen Ratschlag zuerst an die Regierung und dann an den Grossen Rat formulieren mit einem Antrag auf Erhöhung der Subvention. Es sind nicht Wahnsinnsmittel, die es mehr braucht – für Basel-Stadt gegen 500'000 Franken mehr pro Jahr, Basel-Landschaft hat zugesichert, seinen Beitrag ebenfalls zu erhöhen. Ich hoffe sehr, dass das Parlament mir in dieser Sache folgen wird – oder auch das Volk, wenn es eine Referendumsabstimmung gibt. Denn der

Kulturbetrieb Kaserne ist für unsere Stadt wirklich essentiell: wir brauchen neben den etablierten Kulturinstitutionen – wie Theater, Orchester, Museen – einen Ort, an dem wirklich das kreative Potential genutzt wird. Wo auch neue Kunstformen ausprobiert werden. Auch spartenübergreifend. Die Kaserne ist dieser Ort, sie spielt eine ganz wichtige Rolle. Sie hat äusserst viele tolle Produktionen auf die Beine gestellt, ist sehr erfolgreich und verzeichnet wieder zunehmende Zuschauerzahlen. Sie soll ein Attraktionsort für die ganze Stadt werden, an dem sich die BesucherInnen wohl fühlen und sich aufhalten.

Die Öffnung zum Rhein hast du bereits angesprochen. Was ist diesbezüglich deine Sicht, und was ist der Stand der Dinge?

Eine interdepartementale Arbeitsgruppe ist mit der Planung beschäftigt; die Federführung liegt bei mir im Departement. Es zeichnet sich ab, dass wir hier eine gute Lösung finden. Ganz klar ist: wir können das Hauptgebäude der Kaserne nicht abreißen. Erstens, weil es von der

weiter auf Seite 4



Ein langjähriger Zankapfel zwischen Basel-Stadt und Baselland: Die Finanzierung des Theater Basel

Fortsetzung von Seite 3

Gebäudestruktur her ideal ist, um Ateliers, Proberäume und Werkstätten für Kreatives zu schaffen – wir brauchen dort zusätzliche Räume. Mit wenig Investitionen kann man viel daraus machen. Zweitens wegen dem Tattoo, welches gesetzt ist. Dann steht nebenan die denkmalgeschützte gotische Klingentalkirche. Beim zwischen den zwei Gebäuden nachträglich gebauten Verbindungsstück hingegen ist eine Öffnung sicher denkbar. Und im Parterre des Kasernenhauptgebäudes kann man durch möglichst transparente Räumlichkeiten mit Publikumsverkehr von beiden Seiten her eine Durchlässigkeit erreichen, sodass man sowohl vom Rhein wie auch von der Kaserne her dazustossen kann. Mit einer Art Lobby, Gastgewerbe, einem Aufenthaltsraum oder einer Bibliothek. Das sind so die vorläufigen Ideen.

Neben der Zukunft der Kaserne ist auch jene des Theaters Basel ein aktuelles Politikum. Bist du zufrieden mit dem Ausgang der Debatte um die Zusatzfinanzierung durch den Kanton Baselland?

Wir wurden uns ja einig. Mit der Basler Landschaft haben wir jetzt ganz klar die Zukunft des Theaters Basel gesichert – mit den drei Sparten Oper, Ballett und Theater. Baselland erbringt über vier Jahre 17 Millionen Franken mehr für das Theater – wobei Basel-Stadt dem Theater wie bisher insgesamt für Betrieb und Gebäude rund 40 Millionen pro Jahr, und neu Beiträge für die Teuerung und vor allem für die teure Sanierung der Pensionskasse bezahlen wird. Es ist eine massive Erhöhung der Beiträge von Basel-Landschaft, nämlich beinahe eine Vervielfachung. Natürlich hätte sich Basel mehr erwünscht. Mit 41% basel-städtischen und 42% basel-landschaftlichen Zuschauern im Theater könnte man nach Abzug eines Standortvorteils eine nicht ganz hälftige Finan-

zierung erwarten. Die Erhöhung des Beitrags ist pragmatisch betrachtet aber das, was möglich war. Nach dem – hoffentlich positiven – Landratsentscheid wird es ja mit der grössten Wahrscheinlichkeit zu einem – bereits von der FDP und SVP Baselland angekündigten – Referendum kommen. Also muss man eine Vorlage schaffen, bei der die Chance da ist, dass sie von der Bevölkerung angenommen wird. Bei einer Ablehnung in einer Referendumsabstimmung hätten wir am Schluss gar nichts.

In was sollen die zusätzlichen Mittel einfließen? Was sind deine Anliegen?

Diesbezüglich sind wir mit dem Theater in Verhandlungen. Ein Teil dient einfach der Erhaltung des laufenden Betriebs. Nur schon dafür sind, je nach Zählung, ca. 3 Millionen mehr Mittel nötig, auch weil das Theater seine eigenen Reserven vollständig aufgebraucht hat. Aber wir werden auch eine Anzahl neuer Produktionen aushandeln – sei es in der Oper, im Tanz oder im Theater. Mein Hauptanliegen ist, dass das Theater seine Tore öffnet: einerseits, dass es gelegentlich rausgeht mit geeigneten Produktionen – sei es in die Kaserne, nach Lössach in den Burghof oder nach Augusta Raurica. Andererseits, dass es auch Kooperationen eingeht mit der Kaserne oder mit anderen, um Brücken zu schaffen und eine Auseinandersetzung zu ermöglichen. Sodass hier ein Dialog entsteht zwischen dem Theater, der Bevölkerung und anderen, auch jungen Kunstschaffenden. Ich bin diesbezüglich im Gespräch mit Herr Delnon, und er ist hier sehr offen, teilt dieses Anliegen.

Mit dem neuen Kulturfördergesetz erhält Basel ein weiteres Instrument zur Unterstützung des Kulturschaffens. Ein Hauptanliegen der Grünen, welches im Kulturprogramm festgehalten ist, besteht darin, Kultur in ihrer Vielfalt und gesamten Breite zu fördern – was gerade auch

alternative Kultur, Jugendkultur oder Kulturen von MigrantInnen beinhaltet. Werden diese für die Grünen wichtigen Kulturbereiche im neuen Gesetz berücksichtigt?

In das Kulturfördergesetz sind nach der Beratung mit der Kommission einige Zusätze eingegangen – gerade die Vermittlung für und Offenheit gegenüber MigrantInnen und bezüglich der Förderung junger Kulturschaffender.

Wir haben eine sehr lebendige junge Kulturszene: rund um Kaserne, NT-Areal, Bahnhof St. Johann, aber auch im Gundeli. Ich bin beeindruckt davon. Als Kanton müssen wir Rahmenbedingungen schaffen, welche diese Szene inkl. entsprechende Freiräume weiterhin ermöglichen. Ob es eine Quote sein muss, wie in der Jugendkulturprozent-Initiative des jgb... Wichtig ist: was die Jungen brauchen, sind nicht nur finanzielle Mittel, sondern wirklich Raum. Wir müssen uns sehr einsetzen dafür, dass die jungen Kulturschaffenden Ateliers, Proberäume für Musik aber auch Räume für ihre Produktionen bekommen. Gerade in der Kaserne wollen wir dies wirklich tun. Aber auch am Dreispitz, wo die Fachhochschule für Kunst hinkommt, das Festival Shift stattfindet, eine junge Kulturszene und Ateliers entstehen. Es gibt viele Hallen, die für eine Zwischennutzung in Frage kommen. Mit all den Kulturräumen, die in Basel am entstehen sind, haben wir eine Riesenchance.

Gerade auch über Projektmittel, die uns zur Verfügung stehen, können und werden wir sehr aktiv junge Kunst fördern – sowie mit Hilfe der CMS. Wir machen also ziemlich viel und werden auch ziemlich viel dafür machen im Kanton. Die Projektförderung in den Fachausschüssen machen wir übrigens immer bi-kantonal, Basel-Stadt/Baselland, und vollkommen paritätisch, was toll ist. Wir haben rund 6 Millionen pro Jahr zur Verfügung.

Wie ist das neue Kulturfördergesetz mit Blick auf ein weiteres wichtiges Anliegen der Grünen zu beurteilen: die

Kunsthfreiheit? Bringt doch das Modell der Schwerpunktförderung das Problem mit sich, bei der Bestimmung eben solcher Schwerpunkte aus dem aktuellen Kunstschaffen eine Auswahl treffen zu müssen. Was wiederum voraussetzt, dass man es vorgängig bezüglich Wirkung und Wert einschätzen muss.

Im Kulturfördergesetz werden nur Zuständigkeiten bezüglich der Projektförderung festgehalten. Nicht die Abteilung Kultur im Präsidialdepartement, sondern bikanonale Fachausschüsse entscheiden über die eingegebenen Projekte. Politik und Regierung dürfen nicht Einfluss nehmen auf den Inhalt von Kunst. Kunst muss wirklich frei sein – ein ganz wichtiger Grundsatz, der ziemlich vorne im Kulturfördergesetz feststeht. Aber wir müssen natürlich bei der Verteilung der Projektmittel gewisse Qualitätskriterien verlangen – eine Aufgabe der Experten. Fachausschüsse gibt es in allen Bereichen: Musik, Audiovision und Multimedia, Tanz und Theater, Kunstkredit, Literatur. Es ist meine Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Besetzung dieser

Ausschüsse mit VertreterInnen der jeweiligen Kunstsparte die Qualität der Förderentscheide garantiert.

Wenn das Kulturfördergesetz durch das Parlament hindurch ist, müssen wir das Kulturleitbild erarbeiten. Dieses ist ebenfalls neu für Basel; darin wird die Kulturförderung ausformuliert, werden deren Grundsätze und Schwerpunkte festgehalten. Das Leitbild wird, bevor es dem Grossen Rat zur Kenntnis gebracht wird, gemäss dem Grundsatz im Kulturfördergesetz von der Regierung wiederkehrend festgehalten, also in einer rollenden Planung periodisch angepasst. Dies geschieht im Dialog mit den Kulturschaffenden, den Sparten, aber auch der Politik und der interessierten Bevölkerung. Da wird dann wirklich um die Schwerpunktsetzung gerungen werden müssen. Ich freue mich sehr auf diese Diskussion zum Kulturleitbild.



Das Interview führte
Christine Beckert
Vorstand Grüne
Basel-Stadt

Neues Erscheinungsbild des grünen pfeffers

Diese Ausgabe des Grünen Pfeffers erscheint in einem neuen Kleid. Wir haben uns, angefeuert durch die Grünen Schweiz, in einzelnen Punkten an ihr neues Design angepasst und hoffen, dass Euch der modifizierte Auftritt gefällt. Weiter geht es noch in diesem Jahr mit dem Internetauftritt der Grünen Basel-Stadt. Für Anregungen oder Mithilfe haben wir immer offene Ohren!

Das Redaktionsteam:
Eveline Rommerskirchen
(bs(at)gruene.ch), Harald Friedl
(harald.friedl(at)bluewin.ch),
Christine Beckert



**Eveline
Rommerskirchen**
Parteisekretärin,
Grossrätin



Harald Friedl
Vizepräsident
Grüne Basel-Stadt



Lachenmeier Maler GmbH
Klingentalgraben 33 · CH-4057 Basel
Tel. 061 681 59 80 · Fax 061 681 28 17
www.lachenmeier-maler.ch

Lachenmeier-Maler

Renovieren mit Weitsicht!

Strom von hier statt Strom von dort

Wenn man die schweizerische Stromlandschaft betrachtet, stellt man sich Fragen. Unsere Land produziert 60% seiner Stromleistung aus erneubaren Energien (EE), hauptsächlich aus der Hydraulik (Wasserkraft). Wenn der politische Wille da wäre, könnte die Schweiz, eines der ersten Länder Europas sein, das mit 100% sauberer Stromproduktion funktioniert.

60% erneuerbare Energie, diese Zahl ist hervorragend, wenn man bedenkt dass Deutschland und Frankreich je „nur“ rund 15% erreichen und sich die europäische Union bis im Jahre 2020 ein Ziel von 23% zum Ziel gesetzt hat. Einzig Österreich ist innerhalb der EU Vorreiter mit ca. 65% Anteil an erneubaren Energien. Viele Studien über die Möglichkeit der Deckung aller Energiebedürfnisse (Strom, Treibstoffe und Wärme) durch EE sind weltweit gemacht worden. Das aachener Institut Isusi hat solche Studien für Bayern, Deutschland und Japan erstellt. Mit Daten von 153 Wetterstationen hat Isusi 2003 das Potential berechnet und ist zum Ergebnis gekommen, dass Japan - wenn es Energiesparmassnahmen einsetzt und seinen Reichtum an erneubaren Energien voll anerkennt, zu 100% erneubar funktionieren kann, ohne seinen Lebensstil und den Grad der Industrialisierung in Frage zu stellen. Japan, ein mächtiges industrielles Land, von dem man oft sagt, dass es, wie die Schweiz, rohstoffarm sei.

Zurück zum schweizerischen Strommarkt. Das Stromsparen ist die einfachste und günstigste Energiequelle und Experten schätzen, dass bei uns mit optimalen Sparprogrammen mindestens 20% des Stromverbrauchs reduziert werden kann. Zusätzlich kann die Schweiz mehr Strom aus sauberen Quellen erzeugen, nämlich z.B. aus der Windkraft. Das Problem der Windenergie liegt in ihrer Akzeptanz oder in der Vermittlung der 'richtigen' Informationen. Es geht nicht darum, wie man allzu oft hört, alle Hügel mit



Foto Philippe Bovet

Die Solarfabrik in Freiburg im Breisgau funktioniert ausschliesslich mit erneubarer Energie und ist mit einer Fotovoltaikfassade ausgestattet.

Windrädern voll zu packen. Strom muss dort produziert werden, wo man ihn braucht, also oberhalb von Siedlungen und nicht auf den Gipfeln der Alpen. Freiburg im Breisgau hat sieben 2 MW Windkraftanlagen an zwei verschiedenen Standorten installiert und ihre Hügel dadurch nicht verschandelt. Klar ist, dass Windräder die Landschaften verändern. Aber man muss sich vor Augen führen, dass keine Stromerzeugung ohne Folgen ist, es geht nur darum das kleinste Übel zu wählen, das muss klar erklärt werden, auch dass in der Vergangenheit Fehler gemacht worden sind. Einige Investoren haben eine schnelle Rendite gesucht und zu viele Windräder auf bestimmten Flächen gebaut. Man sieht schlechte Beispiele in Deutschland oder in Kalifornien. Oberhalb von Palm Springs sind Anfang der 80 Jahre riesige Windparks gebaut worden, als die Provinz kurzfristige und einmalige Förderprogramme entwickelte.

Aber ein Windrad ist kein AKW. Es lässt sich einfach und schnell bis zum Fundament abbauen und anderswo hinstellen, oder ersetzen. Man kann zwei 2 MW Windkraftanlagen durch eine 5 MW Anlage ersetzen. Wenn Vögelzüge angesagt sind, werden die Generatoren einfach per SMS für eine bestimmte

Zeit blockiert. Flexibler geht es nicht. Und Windspezialisten arbeiten heute mit Landschaftsgestaltern zusammen, um die Räder in die Landschaft zu integrieren. Selbstverständlich darf und soll die Schweiz Strom aus norddeutschen Windfarmen importieren, aber warum soll sie den Strom nicht zu Hause produzieren, das ist besser für die lokale Wirtschaft.

Und: beinahe die Hälfte aller CO₂ Ausstösse weltweit sind mit der Stromproduktion verbunden. Also: Die Welt braucht gute Beispiele die durchgesetzt werden können. Denn: Helvetia darf ihren eigenen erneubaren Reichtum nicht unterschätzen.

Mehr dazu:
www.isusi.de
www.solarmissionpossible.info

Die Studie von Rudolf Rechsteiner zur Schweiz 100% erneubar:
www.rechsteiner-basel.ch

Leider fehlt für die Öffentlichkeit eine Webseite mit einem Titel wie www.schweiz100erneubar.ch



Philippe Bovet
 Journalist, Vorstand
 Grüne Basel-Stadt

Veloärgernisse in der Velostadt Basel?

Die Stadt Basel wird als velo-freundliche Stadt gehandelt. Wir vom jungen grünen bündnis wollten herausfinden was die Bevölkerung dazu meint. Im letzten September (im Rahmen vom Aktionstag "Clever unterwegs") sind wir, ausgerüstet mit grossen, fahrbaren Stadtkarten, auf die Strasse gegangen und haben nach persönlichen Veloärgernissen, gefährlichen Stellen im Strassenverkehr und Velofreuden geforscht.



Eine der vier Sammeltafeln mit Stadtkarte. Orangen Punkte signalisieren kritische Stellen für den Veloverkehr.

So und mit Flyern wurden Veloärgernisse und Velofreuden gesammelt. Viele Befragte klagten über zu wenige Veloabstellplätze und fehlende Velowege. Wir zögerten nicht und griffen selber zum Pinsel. Dieses resolute Vorgehen brachte uns grosse Medienpräsenz ein, aber auch eine saftige Busse.



Selbstgemalter Veloparkplatz vor dem Puppenhausmuseum.

Wir verfolgen unsere Ziele weiter. Natürlich lassen wir uns nicht so schnell von unserem Vorhaben, aus Basel eine velofreundlichere Stadt zu machen, abbringen.

Nach viel Auswertungsarbeit, etlichen Sitzungen und eigenem Überprüfen und Beobachten der kritischen Stellen in Basel, haben wir acht Vorstösse (sechs Anzüge, eine schriftliche Anfrage und eine Interpellation) zu verschiedenen Themenbereichen und ganz konkreten problematischen Stellen formuliert. Diese werden demnächst im Grossen Rat eingereicht.

An der Medienkonferenz vom 27.08.09 wurden unsere grossen Stadtkarten mit den gesammelten Veloärgernissen an RR Hans Peter Wessels übergeben.



Lena Signer
Vorstand junges
grünes bündnis
NWCH

Was tut sich sonst noch im jungen grünen bündnis?

Nach den langen Sommerferien sind wir wieder mit viel Energie und neuen Ressourcen gestartet.

Am JKF (Jugendkulturfestival) betrieben wir einen Stand zum Thema „jugend-kultur-prozent“. Hier arbeiteten wir mit dem Connect-Café zusammen. Eine wirklich tolle Sache!

Schon lange wollten wir einen allgemeinen Flyer entwerfen, welcher kurz und knackig unsere Partei vorstellt und wie eine Visitenkarte (im Postkartenformat) verteilt werden kann. Diese wurde erstmals am JKF aufge-

mache statt motze

Das junge grüne bündnis ...

- ... sucht Freiräume für Jugendkultur.
- ... malt neue Velowege.
- ... gibt allen die gleiche Chance.
- ... kämpft für grüne Energie.

Und du?

...



Interessiert? www.jungesgrünesbündnis.ch

Internetauftritt gefördert auf 50% durch Engpassnet

Klimafolgenkonferenz in Kopenhagen - die Zeit drängt mehr denn je!

Anfangs Dezember wird in Kopenhagen über das künftige Klima auf dem Planeten Erde entschieden. Das auszuhandelnde Abkommen von Kopenhagen, Nachfolger des Kyoto-Protokolls, soll den Weg weisen.

Ziel der Vereinten Nationen ist es, bis ins Jahr 2020 eine weltweite Senkung der Kohlendioxid-Emissionen um 25 – 40 % im Vergleich zum Schadstoffausstoss von 1990 herbeizuführen. Gelingt dies, könnte das Jahr 2009 zum Wendepunkt im Kampf gegen die Auswirkungen des Klimawandels und die damit verbundenen katastrophalen Folgen für die Menschheit in die Geschichte eingehen. Wird weiter zugewartet, könnten die schlimmsten Szenarien bezüglich Hitzewellen, Überschwemmungen und dem Anstieg des Meeresspiegels übertroffen werden.

Dass die Konferenz in Kopenhagen vom Dezember ein Erfolg wird, ist allerdings alles andere

als garantiert. Soeben ist eine Vorbereitungskonferenz mit über 2000 Delegierten in Bonn ohne konkrete Ergebnisse zu Ende gegangen. Bis jetzt sind nur 13-20% der notwendigen Emissionseinsparungen bis 2020 gesichert. „Dieses Treffen hat uns nur wenig weiter gebracht“, sagte der Chef des UN-Klimasekretariats, Yvo de Boer am 14. August zum Abschluss der Verhandlungen. „Die Industrieländer müssten sich auf eine stärkere Reduzierung von Emissionen verpflichten. Sie müssten den Entwicklungsländern zudem deutlich machen, welche finanziellen und technologischen Mittel sie bereit sind, für nachhaltiges Wachstum und die Anpassung an den Klimawandel zur Verfügung zu stellen“.

Die Konferenz in Bonn war die dritte von fünf Vorbereitungskonferenzen für Kopenhagen. Der wissenschaftliche Bericht, der zur Vorbereitung von Kopenhagen im Juni dieses Jahres veröffentlicht wurde, verweist auf die Notwen-

digkeit des raschen Handelns. Die neuesten Beobachtungsdaten zeigen, dass die Zunahme der Treibhausgase und die Klimaänderungen im oberen Bereich der prognostizierten Erwartungen liegen. Ein durchschnittlicher Temperaturanstieg von mehr als 2 Grad Celsius wird die Welt vor grosse Probleme stellen und dramatische soziale und ökologische Folgen haben. Dass die Klimaerwärmung auf 2 Grad beschränkt werden kann, setzt rasches und international koordiniertes Handeln voraus.

Der Vorbereitungsbericht für die Kopenhagen kann hier heruntergeladen werden:

<http://www.pik-potsdam.de/news/press-releases/files/synthesis-report-web.pdf>



Jürg Stöcklin
Präsident Grüne
Basel-Stadt

Veranstaltungshinweis

Grupo Sal - Spiel mir das Lied vom Brot, eine Collage zur Nahrungsgerechtigkeit

Freitag 25. September 2009, 19.30 Uhr, Kirche St. Anton, Kannenfeldstrasse 35, Basel

Der Abend bietet einen ungewöhnlichen Zugang zu fundamentalen Fragen:

- Kann der Hunger wirksam bekämpft werden?
- Wie berührt uns das Schicksal der Hungernden und wie können wir aktiv werden?
- Ist eine gerechte Verteilung der Ressourcen überhaupt möglich?
- Sind lokale und globale Nahrungs-Gerechtigkeit in Einklang zu bringen?

mit:

Ex-Nationalrat Ruedi Baumann, Biobauer in Frankreich, Katharina Morello, Theologin und Journalistin.

Grupo Sal seit über 25 Jahren die musikalische Stimme Lateinamerikas im deutschsprachigen europäischen Raum.

Unkostenbeitrag: Fr. 20.–

Nationale und kantonale Abstimmungen vom 27. September 2009

JA zur Zusatzfinanzierung der IV

Die Invalidenversicherung (IV) sichert behinderten Menschen die Lebensgrundlage oder ermöglicht die berufliche Integration. In der IV-Kasse klafft heute ein Loch von rund 13 Milliarden Franken. Nebst der befristeten Zusatzfinanzierung der IV durch einen erhöhten Mehrwertsteuersatz, trennt die Vorlage den IV- und den AHV-Fonds, womit die AHV gestärkt wird.

Zusatzfinanzierung der IV:

Seit 14 Jahren sind die IV-Beiträge von Versicherten und Unternehmen gleich geblieben. Die IV ist heute hoch verschuldet, und der Schuldenberg wächst jährlich um rund 1,4 Milliarden Franken. Würde das jährliche Defizit allein mit Sparmassnahmen beseitigt, wären Rentenkürzungen von rund 40 % nötig, ein sozialpolitischer Kahlschlag sondergleichen. Eine Sanierung der IV ist daher ohne zusätzliche Mittel nicht machbar.

Zur Sanierung der IV ist eine auf sieben Jahre befristete, stufenweise Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 2011 vorgesehen. Die Mehrbelastung für die Privathaushalte ist sozial tragbar. Sie beträgt durchschnittlich 13,80 Franken pro Monat des Haushalteinkommens.

Entlastung für die AHV:

Die Vorlage trägt dazu bei, die AHV-Renten zu sichern. Mit der Annahme der Zusatzfinanzierung wird die AHV in sieben Jahren um fast zehn Milliarden Franken entlastet. Wesentlich ist zudem, dass die AHV auf Dauer von der Belastung durch die IV befreit wird. Der AHV fließen infolge der Zusatzfinanzierung liquide Mittel im Umfang von 2,3 Milliarden Franken dank Zinsen aus der Bundeskasse von 330 Millionen Franken jährlich zu.

Die Ja Parole wurde von der Grünen Partei der Schweiz an der Delegiertenversammlung vom 13. Juni ohne Gegenstimme beschlossen.

JA zum Verzicht allgemeine Volksinitiative

Auf die allgemeine Volksinitiative soll nach Ansicht der Grünen verzichtet werden.

Volk und Stände haben die allgemeine Volksinitiative 2003 in die Verfassung geschrieben. Das Parlament trat aber auf den Gesetzesentwurf für die Umsetzung nicht ein, weil es die Vorlage für zu kompliziert und unpraktikabel sowie das vorgeschlagene Verfahren als zu zeitraubend beurteilt hatte.

National- und Ständerat schlugen deshalb vor, die Bestimmung wieder aus der Verfassung zu streichen. Dies unterstützte der Bundesrat. Die Delegierten der Grünen Schweiz beschlossen an der Delegiertenversammlung vom 13. Juni mit grossem Mehr die Ja-Parole.

JA zur Umgestaltung Wasgenring

Über die einzige kantonale Vorlage vom 27. September wurde im letzten Grünen Pfeffer (Ausgabe 2009/02 vom April) ausführlich informiert. Hier eine Kurzfassung der wichtigsten Argumente.

Die Umgestaltung von Luzernerring und Wasgenring hängt mit dem Bau der Nordtangente zusammen. Ausschlaggebend dafür, dass das Basler Stimmvolk zwei Volksinitiativen gegen die Nordtangente ablehnte, war unter anderem das Versprechen von flankierenden Massnahmen. Die Investitionen in die neue Stadtautobahn sollten nicht nur den Verkehrsteilnehmern zu Gute kommen, sondern auch zur Stadtentwicklung in Basel Nord beitragen.

Eine der flankierenden Massnahmen ist die Umgestaltung der Achse Luzernerring / Wasgenring. Die Neugestaltung soll in erster Linie dem angrenzenden

Quartier, dem öffentlichen und dem Langsamverkehr zu Gute kommen. Anstelle der Fahrbahn werden Bäume gepflanzt und dazwischen Parkfelder geschaffen. Für die Velofahrenden sind Velostreifen vorgesehen.

Der TCS hat das Referendum dagegen ergriffen und begründet dies mit dem Argument, dass schon heute in den Stosszeiten die Kapazität nicht ausreicht – und verkennt die beabsichtigte Kapazitätserhöhung der Umgestaltung.

Es braucht ein Ja zu den 30 Millionen Franken für die Umgestaltung des Luzernerrings und den Rückbau des Wasgenrings mit Pflanzung von Bäumen dort, wo heute je eine Doppelspur für den Verkehr besteht.



Infomarkt und Varia

Interna

Birsig Initiative

Der Schlusspurt und der grosse Einsatz vor den Sommerferien hat sich gelohnt. Wir haben mehr als 3000 beglaubigte und über 300 unbeglaubigte Unterschriften gesammelt. Die Einreichung fand nach Redaktionsschluss am 2. September statt.

Ein herzliches Dankeschön an alle aktiven SammlerInnen

Parolen

Nationale Abstimmungen vom 27. September 2009

JA zum Bundesbeschluss über eine befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze

JA zum Bundesbeschluss über den Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative

Kantonale Abstimmung vom 27. September 2009

JA zum Grossratsbeschluss betreffend Umgestaltung und Sanierung Luzernerring / Wasgenring

Argumentarien sind auf Seite 9.

Termine

Landhofführungen

Samstag 12. September, 11:00
Mittwoch 16. September, 19:00

Der Verein zur Erhaltung des Landhofareals lädt alle Interessierten herzlich zu einer Führung ein. Anhand der Führungen soll sichtbar gemacht werden, weshalb diese für Kleinbasel so wichtige Oase erhalten werden muss. Anmeldung ist nicht erforderlich, Besammlung ist jeweils vor der Riehenstrasse 78a.

Nächster Grüner Stamm

Dienstag 15. September,
20 h im Theaterkeller des
Café Isaak, Münsterplatz 16

Diesmal zu Gast ist Peter Niggli, Geschäftsleiter Alliance Sud. Zu diesem ungezwungenen Beisammensein sind alle Mitglieder und solche die es noch werden wollen ganz herzlich eingeladen. Wir freuen uns auf schon jetzt auf eine rege Teilnahme und angeregte Diskussionen.

Termine

Podium öffentlicher Verkehr

Donnerstag 29. Oktober, 20:00
Bankettsaal Café Spitz

Ein Diskussionsabend rund um den öffentlichen Verkehr in der Agglomeration Basel. Auf dem Podium dieser öffentlichen Veranstaltung diskutieren:

Anita Lachenmeier,
Nationalrätin Grüne Basel-Stadt,
Kommission für Verkehr

Stephan Maurer, ehem.
Grossrat, SBB-Manager und
Verkehrsexperte

Stefan Rommerskirchen
Geschäftsführer ProgTrans AG

Michael Wüthrich, Grossrat
Grüne, Präsident UVEK

Eine Veranstaltung der Grünen
Partei Basel-Stadt

Reserviert Euch diesen Termin!

Die aktuellen Termine immer unter
www.gruene.ch/bs

Kontaktformular der Grünen Partei Basel-Stadt

- o **Ich will Mitglied werden!** Jahresbeitrag 150.- (Reduktion für Erwerbslose)
- o **Ich interessiere mich für die Grüne Partei!** Bitte nehmt mit mir Kontakt mit mir auf
- o **Ich bestelle ein Abonnement für den Grünen Pfeffer!** Fr. 25.--

Name, Vorname:

Strasse: Plz./Ort:

E-Mail: Tel.:

Einsenden an: **Grüne Basel-Stadt, Greifengasse 7, Postfach 1442, 4001 Basel**
E-Mail: **bs@gruene.ch**

Konto: **PC 40-19338-4**
Website: **www.gruene.ch/bs**

